

# Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetze Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetze finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlagsstelle in  
Leipzig, Zeiter Straße 30, IV.,  
(Volkshaus) Aufgang Boder C. — Tel. 27 503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppelte gespaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einbindung auf Postcheckkonto Leipzig 56383; Kallierer: L. Geitl, Leipzig, Zeiter Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 34

Sonnabend, den 22. August 1925

29. Jahrgang

## Vom Stellungskrieg der Denkschriften.

(Die Unternehmer antworten auf die Denkschrift der Gewerkschaften.)

Die Denkschrift der gewerkschaftlichen Spitzenverbände, die der Reichsregierung unter dem Titel Wirtschaftskrisis und Gewerkschaftsforderungen am 7. Juni überreicht wurde, scheint den Unternehmern nicht wenig in die Glieder gefahren zu sein. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände versendet jetzt eine Erwiderung, die die Darlegungen der Gewerkschaften zu entkräften sucht. Jedoch erhält man beim Studium der Entgegnung der Unternehmerverbände durchaus nicht den Eindruck, daß dies überzeugend gelungen sei. Im Gegenteil, sie bleibt an Oberflächlichkeit haften; da, wo sie inhaltliches Beweismaterial widerlegen sollte, gleitet sie mit einem eleganten Saltomortale hinweg.

Der erste Punkt der Antwort der Unternehmerverbände verdient wirklich zitiert zu werden. Dort hüllt man sich in die Toga der Unschuldsengel und behauptet: „Schon die an der Spitze der Gewerkschaftsdenkschrift stehende Zusammenfassung der Arbeitgebereingabe ist falsch und legt der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Gedanken und Schlussfolgerungen unter, die diese niemals vertreten hat. Die Eingabe der Vereinigung verlangt weder einen Lohnabbau, noch generellen Verzicht auf weitere Lohnherabsetzungen, noch dauernden Verzicht auf den Achtstundentag. Ebeniowenig ist von einer allgemeinen Reduzierung der Arbeitsbedingungen die Rede. Die Unterstellung, daß das Ziel der Politik der Vereinigung ein Tiefsinken der Arbeitsbedingungen sei, weisen wir entschieden zurück.“

Dies Kind, kein Engel ist so rein. Könnte man ausrufen, wenn man diese Zeilen gelesen hat. Die Unternehmer haben also noch keinen Lohnabbau verlangt. Dabei wurde die Aussperrung im Bauergewerbe in großen Bezirken des Reiches verhängt, weil die Löhne der Bauarbeiter zu hoch seien und herabgesetzt werden mußten. Die Großindustrie legte die Bauten still, weil sie die Bauarbeiter zwingen wollte, zu den niedrigen Löhnen der Großindustrie zu arbeiten. Wesentliche Teile der Unternehmerdenkschrift an die Regierung beschäftigen sich mit den hohen Löhnen, wobei man sich zu der Behauptung verstieg, daß die Löhne in Deutschland 60 bis 100 Prozent über denen der Vorkriegszeit lägen. Auf Gassen und Märkten, in wirtschaftlichen und politischen Kämpfen lagte und geterte man über die hohen Löhne der deutschen Arbeiterkraft.

Dieses wurde von den Gewerkschaften kühl und sachlich in ihrer Denkschrift durch folgenden Satz festgelegt: „Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände fordert von den Arbeitnehmern Verzicht auf weitere Lohnherabsetzungen und Einwilligung in eine Verlängerung der Arbeitszeit, insbesondere auf abschbare Zeit hinaus Verzicht auf den Achtstundentag.“ Die Gewerkschaften sollen unter Verzicht auf weitere Lohnherabsetzungen die derzeitigen oder gar noch zu reduzierenden Arbeitsbedingungen, durch langfristige Arbeitstarife festlegen. Am 12. Mai schrieben die Unternehmer in ihrer Denkschrift an die Regierung: „Von der längeren Arbeitszeit ist der derzeitige Lebensstandard des deutschen Volkes an Lohn, Preis und Kaufkraft getrennt, wesentlich abhängig.“ Und am 1. August wird behauptet, daß von einer allgemeinen Reduzierung der Arbeitsbedingungen nie die Rede gewesen sei. Da weiß man als gewöhnlicher Sterblicher allerdings nicht, was man sagen soll, wenn man die Antwort der Unternehmer als ernst und nicht als ein Verlegenheitsgestammel ansieht.

Doch die Antwort der Unternehmer widerlegt sich selbst, denn im Punkt 4 wird das, was die Gewerkschaften behaupteten, nämlich, daß die Unternehmer eine Verlängerung der Arbeitszeit anstreben, rund und nett bestätigt: „Die Arbeitgeberverbände fordern die längere Arbeitszeit nur da, wo sie tatsächlich eine größere Produktion unter dem Gesichtspunkt des optimalen Arbeitstages gewährleisten.“ — Na also! Die Verlängerung der Arbeitszeit, ganz gleich, unter welchen Bedingungen, wurde also gefordert. Die gegenwärtigen Angriffe der Unternehmer, wir verweisen auf die Eingabe des Ruhrbergbaues an die Regierung, drehen sich im wesentlichen um die Verlängerung der Arbeitszeit.

Die Behauptung der Gewerkschaften, daß die Unternehmer die Rationalisierung der Produktion nicht genügend vorwärtszutreiben und die Verbesserung der Technik nicht durchzuführen vermochten, soll mit folgender Behauptung zurückgewiesen werden: „Dieser Weg wird von der Unternehmerrchaft aus eigener Initiative und schon im eigenen Interesse, wo nur möglich, beschritten und es muß überdies die Behauptung einer allgemeinen technischen Rückständigkeit der deutschen Industrie als absolut unzutreffend auf das entschiedenste bestritten werden.“ Diese Lage und beweislose Entgegnung der Unternehmer ist nur ein Beweis, daß der Fied gesessen hat. Man wird nunmehr abzuwarten haben, wie die Unternehmer für die Rationalisierung der Produktion, Verbesserung der Technik, organisatorischen Ausbau der Betriebe usw. ihre Kraft einsetzen.

Bezüglich der sozialen Belastung wird die fassam bekannte Behauptung von den 2700 Millionen Soziallasten wiederholt, ohne die Grundlage einer solchen Berechnung anzugeben oder hinzuzufügen, daß in dieser Summe ein sehr großer Teil von den Arbeitern und Angestellten geleistet wird.

Zum Schluß wird wieder der seriöse Unternehmer, der gern alle Lasten des verlorenen Krieges auf sich nimmt, herausgeholt. Man höre: „Der Unternehmerrchaft fällt es nicht ein, der Arbeiterkraft zuzumuten, daß sie allein die Lasten auf sich nehmen soll, die der verlorene Krieg, verheerliche Nachkriegspolitik und Inflation dem ganzen Volke auferlegt haben. Die Unternehmerrchaft nimmt für sich in Anspruch, sich an diesen Opfern an allererster Stelle beteiligt zu haben und ist auch weiterhin hierzu bereit.“ Soll man da an die heftigen Kämpfe erinnern, die die Unternehmer gerade in der letzten Zeit gegen die ihnen auferlegten Steuern führen? Soll man an die in Aussicht stehende Zollbelastung denken, die den Arbeitern den letzten Bissen Brot verteuert und die in dem Unternehmertum die ersten Befürworter findet, weil sie letzten Endes ibretwegen zur Einführung gelangt? Wir können uns diese Mühe um so mehr ersparen, weil die nackten Tatsachen und die bittere Erfahrung hier eine allzu deutliche Sprache reden.

Der Stellungskrieg der Denkschriften hallt wider von einer neuen Offensive der Unternehmer. Doch ist es kein frisch-fröhlicher Kampf, sondern das Ganze mutet vielmehr als ein Rückzugsgescheft an. Sollen wir uns darüber noch weiter aufregen? Gehen wir lieber an die Arbeit, indem wir die Organisationen der Gewerkschaften ausbauen, damit wir zu neuen Massengängen außerhalb der Kampfzone der Denkschriften gerüstet sind.

## Klassenkampf im Mittelalter?

Von Dr. Gustav Hoffmann.

Der in unserem Blatte kürzlich erschienene Artikel „Vom Büchsenmeister zum Verbandskassierer“ brachte im „Steinmetz“ einen Gegenartikel des Genossen Alexander Knoll, der sich gegen die kämpferische Auffassung wendet, die jener Artikel vom proletarischen Leben der vergangenen Jahrhunderte enthielt. Darin stimmt auch der angegriffene Artikel mit den Ausführungen des Genossen Knoll überein, daß das Gesellenwesen zuerst keinen kämpferischen Charakter gehabt hat. Klassenkampf ist eine gewisse wirtschaftliche Entwicklung voraus, die im größten Teile des Mittelalters noch nicht gegeben war.

Es handelt sich im Sinne jenes Artikels also nur noch darum, ob im späteren Mittelalter, vor allem vom ausgehenden Mittelalter an, ein klassenkämpferischer Charakter zum Ausdruck kommt, und darin hat Genosse Knoll auch recht, wenn er auf die einseitigen rechtlichen Bestimmungen hinweist, die im Sinne des „Unternehmertums“ gehalten waren, auf die Privilegien, die die Handwerksorganisationen verliehen bekommen hatten wie auf die rechtliche Unselbständigkeit der Gesellenbrüderschaften.

Daß aber der rechtliche Rahmen durchaus antiproletarisch war, beweist doch nicht, daß deshalb keine sozialen Kämpfe gewesen sind. Sie haben aus jenem reaktionären Rahmen heraus jenem reaktionären Rahmen zum Trotz stattgefunden. Es handelt sich nicht sozusagen nur um kleinliche Ehrenpunkte, wenn diese gewiß auch eine große Rolle gespielt haben. Wenn Genosse Knoll schreibt: „Ebenfalls sind die Fälle sehr selten, wo es geschah (der sozialen Kämpfe).“ Wir sind überhaupt keine solchen bekannt“ (von uns unterstrichen), so hat Genosse Knoll dadurch nicht das Recht zu dem Schlusse seines Artikels: „So lagen und liegen die Dinge in Wirklichkeit.“

Leider findet der führende sozialistische Historiker Karl Kautsky im Literaturverzeichnis der Broschüre des Genossen Knoll „Handwerksgesellen und Lehrlinge im Mittelalter“ keine Erwähnung. Kein Geringerer aber als Kautsky ist es, der ebenfalls das kämpferische Wesen jenes Proletariats betont hat, und weil sich die Arbeiterpresse im allgemeinen neben den andern bedeutenden sozialistischen Lehrern auch von diesem Meister der proletarischen Geschichtsschreibung das Wissen geholt hat, darum diese angelegliche „Unklarheit und Unkenntnis über das Wesen der Zunftgesellenbrüderschaften, die man häufig gerade in der Arbeiterpresse findet.“

Kürzlich legt auch Kautsky die wirtschaftliche Entwicklung für den Kampf voraus. Erst als der Meister 4-5 Gesellen nötig hatte, wurde er zum „Antreiber, der aus den Gesellen so viel Arbeit als möglich herauszupressen suchte. In dem Maße, in dem deren Arbeitslast wuchs, wurde die seine erleichtert. Wurden der Knechte sehr viele beschäftigt, dann genügte ihre Arbeit allein, nicht bloß sie selbst zu erhalten, sondern auch dem Meister ein hübsches Einkommen zu gewähren. Mitunter wurde diesem selbst die Arbeit des Antreibens zu lästig; er entließigte sich ihrer durch die Einführung des Stücklohns, der sich vom Ende des 14. Jahrhunderts an entwickelte.“

„Hand in Hand mit dem Streben nach Vermehrung der Arbeitslast ging das nach Verschlechterung der Kost und Minderung des Lohnes der Knechte. Galt es, vier bis fünf Gesellen und zwei und mehr Lehrlinge zu verköstigen, da lohnte es sich schon, für diese eigens zu kochen.“

„Noch mehr als an der Kost suchten natürlich die „Harsamen“ Meister am Lohne abzuwaschen. Der Drang nach Lohnherabsetzungen ist unter sonst gleichen Umständen um so größer, je größer die Zahl der beschäftigten Lohnarbeiter.“

„Auf der andern Seite aber wuchs das Bestreben der Knechte, den Lohn zu erhöhen, in Deutschland namentlich infolge der Preisrevolution, die eine Folge des raschen Anwachsens der Ergiebigkeit der Silber- und Goldbergwerke im 15. Jahrhundert und ein Vorläufer der viel gewaltigeren war, welche im Verlaufe des 16. Jahrhunderts durch die Erschließung der Metallschätze Amerikas hervorgerufen werden und da ganze zivilisierte Europa treffen sollte.“

„Gerade in Beziehung auf die Lohnfrage wurden daher im 15. Jahrhundert und im Beginne des 16. Jahrhunderts die Gegensätze zwischen Meistern und Gesellen immer schroffer.“

„Dies im Verein mit den andern Gegensätzen, auf die wir schon hingewiesen, führte dazu, daß die Kämpfe zwischen Meistern und Gesellen, die schon im 14. Jahrhunderte beginnen, immer zahlreicher und erbitterter werden, je mehr wir uns dem 16. Jahrhundert nähern.“

„Die „Blüte“ des zünftigen Handwerks beruhte bereits auf der Ausbeutung von Lohnarbeitern und erzeugte die erbittertesten Klassenkämpfe.“

Hierbei wurden die Proletarier aber bereits „eine achtungsgebietende Macht. Das Gedeihen der Stadt wurde immer abhängiger von den Lohnarbeitern des Handwerks. Stellten diese irgendwo die Arbeit ein, zogen sie weg, dann drohte dem betreffenden Handwerk der Verfall, der betreffenden Stadt schwere Schädigung.“

Allerdings kannten jene Proletarier eine Neuordnung der Gesellschaft noch nicht, wie sie uns das letzte Ziel unsres Strebens ist, aber — und das ist das wesentliche — der Kampfgedanke war auch in jenen Proletariern vertreten, wenn ihr Organisationsleben auch juristisch noch so mittelalterlich-bürgerlich war. Wenn in jenem Anbrüche einer neuen Weltperiode jene großen unwalzenden wirtschaftlichen Ereignisse, die in den löse zusammengesetzten Kautsky-Sätzen nur angedeutet wurden, im Proletariat nicht als soziale Kämpfe ihren Ausdruck gefunden hätten, dann würde auch die ganze Weltgeschichte nicht als Geschichte der Klassenkämpfe anzusprechen sein.

## Noch einmal: „Vom Büchsenmeister zum Verbandskassierer.“

Eine kritische Entgegnung von A. Knoll.

Meine Kritik an dem Artikel „Vom Büchsenmeister zum Verbandskassierer“ hat den Verfasser deselben zu einer Entgegnung veranlaßt, in der er den Beweis zu führen sucht, daß meine Auffassung vom Wesen der mittelalterlichen Gesellenverbände falsch ist. Er gibt mir zwar in einer ganzen Anzahl von Einzelheiten recht,

lehnt aber doch im Ganzen meinen Standpunkt ab. Er beruft sich dabei auf keinen Geringeren als auf Kautsky.

Gehen wir Punkt für Punkt vor. Die in dem Artikel ursprünglich behauptete Analogie vom Büchsenmeister und Verbandskassierer gibt Genosse Dr. Hoffmann in seiner Entgegnung vollständig preis. Er scheint sich also doch überzeugt zu haben, daß in dieser Hinsicht meine Auffassung die richtige ist. Da nun der erste Artikel Hoffmanns auf dieser (falschen) Analogie aufgebaut war, so bleibt doch eigentlich davon nicht mehr viel übrig.

Daß überhaupt keine sozialen Kämpfe stattgefunden haben, habe ich gar nicht behauptet. Hoffmann muß meinen Artikel nicht richtig gelesen haben; denn er zitiert mich sogar falsch, wenn er mich sagen läßt:

„Ebenfalls sind die Fälle sehr selten, wo es geschah (der sozialen Kämpfe).“

In Wirklichkeit spreche ich in meinem Artikel von Lohnherabsetzungen (des Barlohnes) und sage, daß mir solche Fälle nicht bekannt geworden sind. Das ist doch wohl sehr zweifellos, ob ich das Vorkommen sozialer Kämpfe überhaupt bestreite, oder ob ich sage, Fälle von Lohnherabsetzungen sind mir nicht bekannt geworden und sind, wenn sie überhaupt vorgekommen sind, sehr selten gewesen. Und ich darf mir auf diesem Gebiete schon eine nicht geringe Sachkenntnis zusprechen, da ich jahrelang nicht nur fast die gesamte deutsche Literatur auf diesem Gebiete durchgesehen, sondern auch in allen größeren Archiven Deutschlands und des alten Oesterreich unendliche Mengen noch ungedruckten Quellenmaterials selbst durchgesehen habe.

Also ich habe nicht behauptet, daß die Gesellen überhaupt keine sozialen Kämpfe geführt haben. Ich sage wörtlich:

„Gewiß haben die Gesellenbrüderschaften zahlreiche Kämpfe geführt. Aber die wenigsten dieser Kämpfe, und am allerwenigsten vielleicht die schärfsten und langwierigsten, die sie geführt haben, hatten einen sozialen Inhalt.“

Ich hatte mich dagegen gewandt, daß man die Gesellenbrüderschaften als „Kampfrüderschaften“ anspricht; und ich bleibe dabei, daß sie das nicht gewesen sind. Das Gegenteil kann auch aus Kautskys Schriften nicht bewiesen werden. Erstlich ist Kautsky kein Spezialforscher auf dem Gebiet des mittelalterlichen Handwerks. Und man muß dieses auch heute noch nicht völlig erforschte Gebiet schon besonders bearbeitet haben, wenn man sich über sein Wesen ein Urteil bilden will. Kautsky vertritt in dieser Frage nur die Auffassungen, die die älteren Spezialforscher auf diesem Gebiet mehr oder minder alle vertreten haben. Erst neuere Forscher, wie Below und andere, haben den Irrtum, der in dieser älteren Forschung ohnawaltete, nachgewiesen. Selbst die Arbeiten von Schanz, die im einzelnen außerordentlich aufschlußreich gewesen sind, fanden noch unter der irrümlichen Auffassung von dem Kampfcharakter der Gesellenbrüderschaften. Wahrscheinlich kennt auch Hoffmann, den ich als Sozialethiker überaus hochschätze, nur diese ältere Auffassung, die ihm, gerade als Sozialethiker, auch wohl am sympathischsten ist.

Aber auch ganz allgemein betrachtet, beweisen die angeführten Stellen aus Kautsky gar nichts gegen meine Auffassung vom Wesen der Gesellenbrüderschaften, wobei es mir gar nicht einfällt, die Richtigkeit der Kautskyschen Geschichtsauffassung irgendwie zu bezweifeln. Hoffmann übersehen, daß Kautsky in Geschichtsepochen denkt, während ich mich bescheidenlich darauf beschränke, eine geschichtliche Einzelercheinung zu beleuchten. Und soweit Kautsky Einzelercheinungen zum Beweise für seine Auffassung heranzieht, sind es eben doch nur Einzelfälle, die zwar, von der höheren Warte des Gesellschaftswissenschaftlers aus betrachtet, symptomatischen Charakter tragen, aber doch nicht bestimmend gewesen sind für den Charakter der Gesellenverbände.

Wäre die Auffassung Hoffmanns von dem Charakter der „Kampfrüderschaften“ richtig, dann müßten sie die Träger des sozialen Kampfgedankens, oder wie man dann mit Recht sagen könnte: die Träger des revolutionären Gedankens gewesen sein. Das sind sie nicht gewesen! Darauf aber läme es an. Und infolgedessen konnte ich am Schlusse meines Artikels mit Zug und Recht sagen: „So lagen und liegen die Dinge.“

Gehen wir auch den Dingen im Einzelnen nach. Hoffmann stimmt mir auch darin zu, daß die rechtlichen Verhältnisse so lagen, daß der eigentliche Gegenstand, der den Inhalt sozialer Kämpfe bilden können, nämlich die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, der Auseinandersetzung zwischen Meisterchaft und Gesellen entrückt war, weil die Obrigkeit von sich aus alle diese Fragen regelte. Und es kann nicht gefagt werden, daß sie das immer einseitig zugunsten der Meisterschaft getan hätte. Das namentlich da, wo die Zünfte selbst keinen entscheidenden Einfluß auf die städtische Politik und Verwaltung auszuüben in der Lage waren. Das war aber mit ganz wenigen Ausnahmen, schon gegen Ende des 14. Jahrhunderts nicht mehr der Fall. Wo das städtische Patriziatum die Zügel des Stadtreiments in den Händen hatte, hat es aus politischen Gründen nicht selten die Gesellen in verschiedener Hinsicht begünstigt, bzw. ein Auge zugebückt, wenn sie mal über die Schnur hieben — nach dem Grundsatz: Teile und herrsche.

Also: das, was den Hauptinhalt sozialer Kämpfe hätte bilden können, war dem Streit der Parteien entrückt. Wenn aber kein Streitgegenstand da ist, kann doch logischerweise auch kein Streit entbrennen, oder sagen wir noch präziser: kann keine Kampfendenz sich entwickeln. Diese Tatsache erklärt vielleicht auch am besten, daß die Gesellen sich mehr und mehr in einen Wust von formalen Gebräuchen verirrten, die zuletzt weder Sinn noch Inhalt hatten, an denen sie aber um so krampfhafter festhielten, je mehr die Zunft und damit auch ihre Zunftbrüderschaft an ökonomischem Boden verlor. Hier war so etwas wie eine Tendenz vorhanden! Man betrachte sich daraufhin, um das trassete Beispiel zu nennen, nur einmal das „General-Reichs-Patent“ vom Jahre 1731. Da sind eine ganze Anzahl solcher Bräuche aufgezählt, von denen man wirklich nicht sagen kann, daß ihre Pflege und weitere Aufrechterhaltung als Attribut einer fortschrittlichen Gesinnung der Gesellen hätten angesprochen werden können. Im Gegenteil: die Tatsache, daß die Gesellen vielfach auch dann noch um ihre Aufrechterhaltung kämpften, als sie nicht nur Sinn und Inhalt verloren hatten, sondern sich als eine oftmals feindselige Maßnahme gegen den Nachwuchs auswirkten, beweist, daß die Gesellenchaften eher Träger des reaktionären Gedankens geworden waren — trotz aller persönlichen Tapferkeit und Opferwilligkeit, die sie gerade bei solchen Kämpfen an den Tag legten. Vielleicht darf der Verfasser dieser Zeilen auch das eigene Erlebnis als Zeugnis für diese Auffassung ins Feld führen. \*)

\*) Vgl. A. Knoll, Geschichte der Steinmetzergewerkschaft, Band II: Die Berliner Steinmetzergesellschaft 1735—1893.

Die Gesellen waren in der Entwicklungsperiode, die Rautschy in den von Hoffmann jüngerer Stellen Schilderung, nicht die Träger des revolutionären Gedankens. Sie waren vielmehr lediglich die Opfer einer revolutionären Entwicklung, ein passives Element. Sie standen dieser Entwicklung völlig verständnis- und hilflos gegenüber. Erst Weitling (in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts) erkannte als einer der Ersten aus der Arbeiterklasse die revolutionäre Tendenz derselben.

Damit können wir wohl die grundsätzliche Seite der Streitfrage verlassen. Im einzelnen sei noch dargelegt, daß die Obrigkeit nicht nur Lohn- und Arbeitszeit regelte, sondern auch vor schrieb, was dem Gesellen und Lehrling, der im Hause des Meisters lebte — und das war die über große Mehrzahl — zu essen gegeben werden mußte, und — wo Streit darüber entstand — auch bestimmte, wie das Essen beschaffen sein sollte. Es sind eine ganze Anzahl solcher Verordnungen erhalten geblieben; die Arbeiterpresse hat früher einzelne derselben auch veröffentlicht. Die Vorschriften über die Zahl und Art der Mahlzeiten sind fast durchweg so gehalten, daß sie — mit Recht — den Neid des heutigen Proletariats erregen können, der in den meisten Fällen erheblich schlechter zu leben gezwungen ist. Dabei muß beachtet werden, daß diese Verordnungen in den meisten Fällen sich gegen w e i t e r g e h e n d e Ansprüche richteten, also auch ein Beweis dafür, daß in der Praxis der Küchenzettel vielfach noch besser war als diese Verordnungen.

Daß sich auch schon die Lehrlinge eines solchen Schutzes zu erfreuen hatten und daß es die Obrigkeit für ihre Pflicht hielt, sich darum zu kümmern, beweisen die Bestimmungen der bayerischen Landes- und Polizeiverordnung vom Jahre 1853 (gilt in meiner Schrift: „Handwerksgehilfen und Lehrlinge“, S. 70), in der es heißt, daß die Meister „ihnen (den Lehrlingen) die notwendige Speise“ zu geben haben.

Die Fälle, wo ein Meister fünf Gesellen und mehrere Lehrlinge beschäftigen durfte, sind so gering an Zahl, daß sie als typisch keineswegs anzuspochen sind. Das verboten nicht nur die Abnahmestellen, sondern auch die mittelalterlichen Wohnverhältnisse. Die Regel war, daß kein Meister mehr als zwei Gesellen und einen Lehrling gleichzeitig beschäftigen durfte. Ich könnte das an Hand von mehr als einem halben Hundert Urkunden, die mir gerade zur Hand sind, beweisen. In der Hensburger St. Jakobs (Schuhmacher-) Gilde von 1437 war diese Bestimmung ausdrücklich damit begründet, daß der arme Meister sowie Gesellen solle beschäftigen können wie der reiche. Diese, ursprünglich edelm Genossenschaftsgeist entsprungene Bestimmung wurde, als dieser Genossenschaftsgeist entschwinden war, aus Furcht vor der Konkurrenz der Besseren aufrechterhalten und fast anderthalb Jahrhunderte lang durch staatlichen Eingriff aufgehoben. Das geschah allgemein aber erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts, vielfach noch später.

Die Kämpfe der Genossenschaft im Beginn des 16. Jahrhunderts hatten allerdings eine besondere Note durch das Auftreten von Johann Huf erhalten, der eine Art von mittelalterlichem Kommunismus vertrat. Dieser trug sich, der Zeitaufassung gemäß, in religiösem Gewande. Aber dieser Einfluß ist doch kein nachhaltiger gewesen. In viel stärkerem Maße wurde durch ihn die Bauernbewegung beeinflusst, die sich dann ja auch in dem großen Bauernkrieg Luft machte. Wenn man von einer proletarischen Bewegung des Mittelalters sprechen will, so kann der Bauernkrieg mit viel größerem Recht als eine solche bezeichnet werden. Denn hier waren tatsächlich die Kämpfenden nicht nur passives, sondern auch in hohem Maße aktives Element. Sie kämpften bewußt für eine Neuordnung, während die Gesellen in den allermeisten Fällen um die Erhaltung des Bestehenden, ja sogar um längst Vergangenes kämpften. Sie haben auch so dem Fortschritt gedient, aber die Träger des Fortschritts waren sie nicht. Damit, daß man das ausspricht, tut man ihrem Wirken als gesellschaftsbildender Faktor gar keinen Abbruch und ebensowenig braucht es die ästhetische Freude an ihren oftmals an den Tag gelegten, manchmal geradezu rebellisch anmutenden, Kämpfertugenden zu beeinträchtigen.

## Die Betriebsräte

in den Jahresberichten der Preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten.

Die Jahresberichte der Preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten sind infolge der Inflation für das Jahr 1923 nicht besonders erschienen, sondern gemeinsam für die Jahre 1923/24. (Herausgegeben im Ministerium für Handel und Gewerbe, Berlin 1925.) Der Inhalt setzt sich zusammen aus den Berichten sämtlicher Gewerbeaufsichtsämter für ganz Preußen, welche jeder für sich wieder gegeben sind, zusammenfassende Schlussfolgerungen sind nicht gezogen. Die einzelnen Berichte sind auf Grund einer bestimmten Reihenfolge erstattet, sie enthalten infolgedessen auch sämtlich die Erfahrungen der Gewerbeaufsichtsbeamten über die Betriebsräte, und zwar: allgemeine Erfahrungen, Anteil der Frauen an der Betriebsratsstätigkeit und Bedeutung der Betriebsräte für Hausgewerbetreibende.

Es wäre für die Betriebsräte wie für alle Arbeiter sehr lehrreich, wenn sie die Berichte über die Bewährung des Mitbestimmungsrechtes lesen würden. Denn aus denselben ist zu erkennen, daß die besonders in größeren Orten den Betriebsräten zugesprochenen Wunderkräfte im Lichte der nächsten Wirklichkeit vollkommen versiegen. Natürlich können auch die Gewerbeämter nicht aus ihrer Haut heraus. Sie entstammen dem bürgerlichen Mittelstand und sehen die Dinge anders als sie die Arbeiter betrachten. Trotzdem darf man den Gewerbeämtern intime Kenntnisse des Arbeiterlebens nicht absprechen, jedenfalls haben sie ununterbrochene Gelegenheit, in die Betriebe und zu den Arbeitern zu gelangen. Aus den Berichten spricht der Wille, den Betriebsräten objektiv gerecht zu werden, nur wenige Gewerbeämter konnten ihre Antipathie nicht ganz verbergen.

In allen Berichten wird übereinstimmend festgestellt, daß die Bedeutung der Betriebsräte stark zurückgegangen sei. Die ruhigeren Verhältnisse hätten das Interesse erlahmen lassen. Die Arbeiterschaft vieler Betriebe wollte keine Betriebsräte mehr. In ebenfalls vielen Betrieben wolle kein Arbeiter ein Betriebsratsamt übernehmen, einmal, weil die Belegschaft den eigenen Betriebsräten nur Ärger mache und ihre Mühe mit Unbarm Lohn, andererseits, weil die Leitung des Betriebs Schwierigkeiten mache oder die Furcht vor Entlassung bestehe. In einzelnen Fällen wird angegeben, das Wahlverfahren sei zu umständlich. Es läßt sich aus den Berichten nicht erkennen, wieviel Arbeiter sich noch auf Betriebsräte stützen können, nur ein Bericht weist darauf hin, daß zwar vielfach keine Betriebsräte mehr bestehen, aber doch die überwiegende Mehrheit der Arbeiter von Betriebsräten vertreten wird, weil die größeren Betriebe alle Betriebsräte hätten. Aber es heißt in einer Reihe von Berichten auch ausdrücklich, daß größere und ganz große Betriebe ohne Betriebsrat seien.

Die Betriebsräte hätten in vielen Fällen ihre Pflichten durchaus sachlich erfüllt, die Unfall- und Gesundheitsgefahren seien fast durchweg wenig beachtet worden. Wirtschaftlichen Aufgaben hätten sich die Betriebsräte wenig gewidmet, die sozialen Aufgaben würden die ganze Tätigkeit ausfüllen. Oft genügten den Belegschaften für ihre Interessenvertretung allein die Gewerkschaften, sie wollten daneben keine Betriebsräte mehr haben. Aber es sei auch oft den Gewerkschaften nicht gelungen, die Wahl von Betriebsräten zu erreichen. Bemühungen der Gewerbeämter hätten in vielen Fällen zur Bestellung von Wahlvorständen durch die Unternehmer geführt. Die Belegschaften aber hätten die gebotene Gelegenheit trotzdem nicht wahrgenommen, es seien keine Betriebsräte gewählt worden.

Die Frauen würden in den Betriebsvertretungen nicht die ihnen zahlenmäßig zukommende Bedeutung erlangen. Nur in der Minderheit der Fälle, wo Frauen Betriebsratsmitglieder waren, hätten sie eine Rolle gespielt, sie seien meist Statistiken. Einzelne Fälle besonderer Bewährung der Frauen werden hervorgehoben. Als Gründe der mangelnden Beteiligung und des überwiegend fehlenden Interesses der Frauen werden fast von allen Gewerbeämtern

übereinstimmend folgende angegeben: Das Wahlbarkeitsalter von 24 Jahren sei für Frauen von vornherein ungünstig, da die Mehrzahl der weiblichen Arbeiter junge Mädchen sind, die vor Erreichung dieses Alters vielfach durch Heirat wieder ausscheiden. Ältere Frauen und Mädchen hätten dagegen durchweg häusliche Verpflichtungen und Sorgen, welche alle freie Zeit in Anspruch nehmen. Die männlichen Arbeiter seien oft nicht bereit, die Frauen ihrer Zahl entsprechend zu berücksichtigen. Vor allem aber hätten die Frauen eine Scheu vor dem Hervortreten in der Öffentlichkeit. Es sei ihnen auch nicht leicht, sich in die einschlägigen Gehege hineinzufinden. Zuletzt würden gerade die weiblichen Arbeiter ihre weiblichen Betriebsräte nicht achten und anerkennen, sondern sich viel lieber den Männern anvertrauen, wodurch die Ausbreitung der weiblichen Betriebsräte, abgesehen von den übrigen Schwierigkeiten, sehr gehemmt sei. Die Gewerkschaften werden diesen Gründen, deren Richtigkeit nicht bestritten zu werden braucht, weil sie sich mit eigenen Erfahrungen beden, ernsteste Beachtung schenken und auf möglichste Besserung sinnen müssen. Es wird nur nach und nach bis zu einem gewissen Grade möglich sein, hier Abhilfe zu schaffen.

Die Erfahrungen über die Betriebsräte in der Heimindustrie sind durchweg ungünstig. Alle Bemühungen der Gewerbeämter haben nicht zur Wahl von Heimarbeiterbetriebsräten geführt. In vielen Bezirken gibt es solche Betriebsräte überhaupt nicht. Bedeutungslos ist, daß mehrere Gewerbeämter berichten, wo die Heimarbeiterlöhne tariflich geregelt seien, hätten die Heimarbeiter sich nur auf die Gewerkschaften verlassen und für eine weitere Vertretung keinerlei Interesse mehr gezeigt.

Wenn diesen Berichten vollkommenen Feststellungen über absolutes Verlangen der Betriebsräte fehlen, so ist dies ein schwacher Trost gegenüber den Feststellungen, daß viele Arbeiter an ihren Rechten kein Interesse haben. Doch braucht das den Gewerkschaften nicht nutzlos zu machen. Die Gewerbeämter behandeln die gesamte Arbeiterschaft und es ist kein Geheimnis, daß die Mehrzahl der Arbeiter keiner Gewerkschaft angehören. Zudem ist das Interesse der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen am Mitbestimmungsrecht nicht gleich stark. Außerdem ist das Mitbestimmungsrecht ein Problem, welches eine ruhige Entwicklung, vieles Wissen und längere Zeit zur Einarbeitung unbedingt erfordert.

Für 1923 stellen die Gewerbeämter selbst eine Hochkonjunktur der Betriebsräte fest, während sie für 1924 allgemein ein starkes Abfallen bemerken. Das sind eben Erscheinungen, die sich aus Ueber- und Untertemperatur notwendig ergeben müssen, Inflation und Stabilisierung bezeichnen hier die Entwicklung. Es konnte gar nicht anders sein, als es ist und die Beobachtungen der Gewerbeämter wären ganz unbedenklich, wenn nicht auch heute noch viele Arbeiter falsche Vorstellungen über die Bedeutung der Betriebsräte hätten und bei deren Nichterfüllung vollkommener Enttäuschung anheimfallen würden.

Die Betriebsräte sind in starken Gewerkschaften sehr wertvolle Sicherungen der Arbeiterrechte. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter ist der Schlüssel für die Erreichung der Ziele der Arbeiterbewegung. Wir können Betriebsräte und Mitbestimmungsrecht nicht entbehren. Aber wir müssen auch die Dinge sehen wie sie sind und nicht wie wir sie uns ausmalen. Hierzu sind die nüchternen Berichte der Gewerbeämter sehr gut geeignet, denn sie zeigen uns, daß nicht mit großen Redensarten, sondern nur in ununterbrochener Arbeit Erfolge erzielt werden können. Sie zeigen weiter, daß man für die Dinge reif sein muß, die man beherrschen will. Die Entwicklung läßt sich nicht aus ihren Bahnen werfen, sie ist organisch zu gestalten. Die Betriebsräte sind kein Wunderbäumlein, bei dessen Berührung sich die Erde öffnet und ihre Schätze zeigt, die man dann nur noch einzuladen braucht, sondern die Betriebsräte sind unentbehrliche Organe einer starken Gewerkschaftsbewegung. Starke Gewerkschaften sind wieder zu schaffen und überall, wo das gesellschaftliche Recht besteht, sind Betriebsräte zu wählen, die innerhalb der starken Gewerkschaften die Arbeiterrechte überwachen und die Kenntnisse der Arbeiterbewegung mehren. Es wird noch Jahre

## Verwitterungs- und Rostschäden an Sandsteinbauten.

Den Lesern des „Steinarbeiter“ ist durch eine Abhandlung aus berufener Feder an dieser Stelle bekanntgeworden, daß der Dresdener Zingler, eine der herrlichsten deutschen Steinbauten im Barockstil aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts augenblicklich einer gründlichen Erneuerung unterzogen wird, um ihn vor dem gänzlichen Verfall zu schützen. Emsige Bildhauer- und Steinwerkhande sind seit Monaten bestritten, unter der Leitung des Meisters Gg. W r b a das Schadhafte durch Neues, aber mit altem Geist, zu ersetzen. Die Stadt Dresden weiß im allgemeinen herrliche Sandsteinbauten auf, die zum Teil über ein Alter von ca. 200 Jahren verfügen. So die „Frauenkirche“. Ebenfalls ein gewaltiger deutscher Barockbau, zu dem der Grundstein am 28. August 1736 gelegt wurde. Auch dieser Bau — Coitaeer Sandstein — weist im einzelnen große Schäden auf, die Verwitterung, Rost und vor allen Dingen die Rostbildung durch eiserne Verankerung (Dübel) der Werkstücke hervorgerufen haben. Ueber den Befund und die Abstellung der Schäden lesen wir in den Dresdner N. N. vom 1. August folgende sachkundige Schilderung:

... alles, was Menschenhand geschaffen, muß der Zeit seinen Tribut zollen. Auch die Frauenkirche. Nachdem im Jahre 1920 am Turm nach der Töpfergasse zu bedeutende Steinabsprengungen bemerkt worden waren, wurde der Kirchenzustand auf den bedrohlichen Zustand der Kirche aufmerksam, und es mußte zu energischen Maßnahmen greifen, dem weiteren Verfall des Kirchengebäudes Einhalt zu tun. Vorläufig aber scheiterte eine gründliche Renovierung an der Kostenfrage, da die Kirche nicht die notwendigen Mittel aufbringen konnte. Die Verfallgefahr schritt aber immer weiter fort, es drohte eine Sperrung durch die Baupolizei — da konnte endlich im Jahre 1924 mit den Arbeiten an der Frauenkirche begonnen werden.

Mit der Instandsetzung des großen Kirchenfensters über der Tür C, bei dem außer den Verwitterungen der Gewände und Sprossen eine Zerstörung der eisernen Fensterrahmen eingeleitet hatte, wurde der Anfang gemacht. Nachdem dann der Glockenturm eingestürzt worden war, zeigte sich erst die Bauartigkeit des Gebäudes in ihrer ganzen Wirklichkeit; es stellten sich Schäden heraus, an die man früher überhaupt nicht gedacht hatte. Da war es vor allem die betrübende Spitzenglockenwase des Glockenturmes, die durch die Rostbildung der eisernen Anter völlig auseinandergetrieben worden war. Außerdem stellte es sich heraus, daß das Basenmittelstück beim Aufbau innen nur mit Ziegeln ausgemauert worden war. Das neue Mittelstück — 60 Zentner schwer — wurde nun aus härtestem weißen Postaeer Sandstein hergestellt.

Vom Glockenturm aus wurden sodann die Schäden an der Kuppel und vor allem dem oberen runden Kuppelfenster beobachtet und festgestellt; Stücke bis zu drei Zentner schwer wurden teils abgehoben, teils mit Seilen vorsichtig abgenommen.

Auch die übrigen Flammwase des Glockenturmes waren zum großen Teil, und zwar durch Rostbildungen der eisernen Verankerungen, zerstört worden. Sämtliche Basen wurden mit neuen Füßen aus weichem Postaeer Sandstein versehen und mit Bronzehülsen befestigt. Prinzip bei allen diesen Arbeiten an der Frauenkirche war, das, was gut war, zu erhalten, die Erneuerungen aber so solid wie möglich zu gestalten.

Als weitere Notwendigkeit ergab die sachmännliche Untersuchung die gründliche Reparatur der aus schnell verwitterndem Coitaeer Sandstein hergestellten Turmlaterne, bei der die zur Verankerung der Laterne vor langer Zeit angebrachten Eilenlammeren derart stark verrostet waren, daß dadurch bereits eine Zerstörung des Gesteins herbeigeführt worden war. Die

Brüftung wurde zum großen Teil aus Postaeer Sandstein erneuert, ohne jede Verwendung von metallischen Verbindungsmitteln.

Infolge der unsachgemäßen Befestigung der großen Laousten am Glockenturm durch eiserne Halter machte sich auch hier eine Reparatur der zeriprenaten Gewände erforderlich. Hierauf wurde das Abbruchgestirn zwischen Kuppel und Laterne in Angriff genommen. Die dort befindlichen Schneiden der Anlaufkonsole — etwa zwei Meter hoch, aus weichem Coitaeer Sandstein hergestellt — hatten unter den Witterungseinflüssen bedeutend gelitten; die Baden der Schneiden mußten vor der Einrüstung fast durchgängig abgenommen und durch neue Sandsteinierungen (bis zu 10 Zentner schwer) ersetzt werden. Außerdem machte sich auch eine gründliche Reparatur des darüber befindlichen Gesimses, auf dem sich der Rost bis zu zwei Zentimeter Dicke angesetzt hatte, notwendig.

Von dem Gerüste an der Laterne aus wurden an dem Ostschiff der Laterne verschiedene Risse festgestellt, was wiederum eine genauere Untersuchung erforderlich machte. Nach Aufstellung eines besonderen Untersuchungsgerüsts an dem genannten Schiffe wurde der gefährdrohende Zustand der ganzen Laterne durch Autoritäten einwandfrei festgestellt und eine sofortige Einrüstung und Aussteifung vorgenommen. Immer mehr Schädigungen an der Laterne wurden hierbei bemerkt und die Stücke, die abzustürzen drohten, abgenommen. Die eiserne Verankerung der Laterne in den großen Rundbögen hatte durch die Rostbildung und die Wärmeausdehnung drei Schäfte der Laterne zerrissen. Der Schaden war schon am Südschiffe früher erkannt worden, und man hatte versucht, ihn durch einen eingelassenen eisernen Anter zu heilen, hatte aber dadurch die zerstörende Arbeit des rostenden Eisens nur noch mehr gefördert. Aber erst nach Fertigstellung der großen, 9 Zentner schweren Diagonalverankerung aus Kupfer wird richtig zu erkennen sein, ob die Schäfte außer den bekannten Schäden noch weitere besitzen.

Sodann wurde die Reparatur des großen unteren Kirchenfensters an der Westfront in Angriff genommen, wobei sich außer den Schäden am Fenster vor allem noch Zerstörungen an den Kapitälchen und am Hauptgesims feststellen ließen; da dieses nur zum Teil mit Kupfer abgedeckt worden war, hatte sich infolge der Absprengung der Abdeckplatten, die ebenfalls mit eisernen Antern gehalten waren, eine Birke von 2 Meter Höhe einwurzeln können, die an der Ecke dem Neumarkt zu das gesamte Hauptgesims sprengte.

Eine noch größere Birke befindet sich auf dem Gesims unterhalb der Kuppel über der Tür D. Um ein für allemal einer solchen grotesken Laune der Natur und den weiteren Zerstörungen durch Frost vorzubeugen, werden sämtliche Gesime und Solbänke jetzt mit Kupfer abgedeckt, wie es schon an dem fertiggestellten Glockenturm beobachtet werden kann.

Auch an dem Turm A an der Kampischen Straße waren ganz bedeutende Verwitterungen zutage getreten. Beim Einrüsten wurden zentnerschwere Stücke, die bei der geringsten Berührung heruntergestürzt wären, abgenommen. So machte sich auch bei der mittleren hinteren Flammwase die sofortige Abnahme der Flamme nötig, die allein ein Gewicht von etwa 3 Zentner hat. Alle vier Basen müssen durch neue ersetzt werden. Man machte bei diesen Arbeiten die schon oft bestätigte Erfahrung, daß der Sandstein nicht durch Zementauflage geschützt wird, sondern unter ihr weiter verwittert, ja daß gerade die Zementauflagen den Verfallsprozess nur noch beschleunigen.

Trotz der starken Verwitterung der Steine haben sich aber noch vielfach die verschiedenen, zum Teil sehr kunstvoll ausgeführten Steinmehzischen, die sich nach altem Brauch fast auf jedem Stein befinden, erhalten.

Sociel wäre über die bis jetzt ausgeführten Arbeiten zu sagen. Als dringend erforderlich wird die Reparatur der gesamten Kuppel an der Seite nach dem Neumarkt zu anzusehen sein, ebenso die Reparatur des Kuppelumlaufrings um die Kirche mit dem darüberliegenden Gesims. Nicht minder notwendig ist auch die Instandsetzung der beiden Türme nach der Elbe zu, an denen schon bedeutende Schäden von der Laterne aus beobachtet werden konnten, ferner des Altarvorbaues mit sämtlichen Kirchenfenstern, wobei natürlich auch die abmontierten Basen über den Türen B und F zu ergänzen wären.

Der gefährvolle Zustand des Gebäudes wird in seinem ganzen Umfange aber erst nach Einrüstung der gesamten äußeren Ansichtsfäche klar werden. Und daß die Arbeiten, wenn einmal das Außere der Kirche wieder konsolidiert ist, auch im Kircheninnern fortgesetzt werden müssen, ist für jedermann klar, der einmal prüfenden Auges den Boden und die Wände betrachtet hat. Witterungseinflüsse und Rostbildung haben an dem äußeren Aufbau der Kirche ihren zerstörenden Einfluß ausüben können.

Nach einem früheren Gutachten des Leipziger Baumeisters David Schatz ist „die völlig unveränderte Beschaffenheit der Grundmauern“ ein Zeugnis von der soliden Bauweise des Baumeisters der Frauenkirche — Ratszimmermeister Georg Bähr —, der die Vollendung seines Werkes allerdings nicht erlebte.

### Deutsche Marmore auf der Jahreschau Deutscher Arbeit Dresden.

Kannte das 18. Jahrhundert nicht weniger als 300 verschiedenfarbige, zu allen Zwecken verwendete deutsche Marmore und rühmte deren Schönheit, so würde es heute selbst dem Kenner unserer deutschen Marmore schwer fallen, mehr als 100 verschiedene heimische Marmorarten zusammenzubekommen. So nimmt es nicht Wunder, daß wir bald hier, bald dort in deutschen Landen in Bergeshöhe geratene Marmorvorkommen wieder entdecken und zum Nutzen unserer Volkswirtschaft ausbeuten. Wir erinnern nur an den schwarzweißen Frankenswaldmarmor vom Döbraer Berg bei Naila und an den dunkelroten, goldgelb gebänderten Böttinger Marmor aus der Rauben Ab Württembergs, die in früheren Jahrhunderten längst bekannt, vor wenigen Jahren wieder erschlossen und in mannigfacher Gestalt veredelt werden. — Eins der bedeutendsten Marmorvorkommen unseres Vaterlandes liegt in Schlefien, im Meißner Kreise bei dem Orte Groß-Kunzendorf, wo jährlich in vielen Fächern über 1000 Kubikmeter Rossmarmor gefördert und an Ort und Stelle in neuzeitlich eingerichteten Steinbearbeitungswerken verarbeitet werden.

### Die Jahreschau Deutscher Arbeit Dresden Wohnung und Siedlung

zeigt die verschiedenfarbigen schlesischen Marmorarten in einer großzügig angelegten Wandverkleidung zu beiden Seiten eines Durchgangsportals; so beispielsweise den schneeweißen, prächtig rosa und grün schattierten Schneebergmarmor vom Gläker Schneeburg, die schlesischen Groß-Kunzendorfer Marmorarten weißrötlicher und violetter Farbnuancen, sowie den schwarzen schlesischen Marmor mit seinen weißen Bändern und Flammen auf schwarzem Grunde. Zwei Fliesenbeläge aus schwarzen und weißen Marmorplatten, schachbrettartig angeordnet, veranschaulichen ein wichtiges Verwendungsgeliebtes schlesisches Marmor. Die Dresdner Jahreschau zeigt ferner einen in schlesischem Marmor ausgeführten Kamin, einige Tierfüßen, geschmückt mit Tierplastiken, einem Taubenpaar und einer Ente, ferner Urnen und Urnenentwürfe und schließlich mehrere ein- und zweiteilige Bedenwastische nach Entwürfen von Professor Z u t. Diese deutschen Marmore sind — hierüber besteht noch vielfach Unkenntnis — nicht nur mineralologisch genau so echt wie die ausländischen, sondern ihnen auch in Farbenhelligkeit, Güte und Verwendungsfähigkeit durchaus ebenbürtig. Die Sonderausstellung in schlesischem Marmor auf der Jahreschau Wohnung und Siedlung wurde von der Firma W. T h u s t, Marmor, Granit, Serpentin- und Kalkwerke Groß-Kunzendorf, Kreis Meißner, nach dem Entwurf des Architekten B. D. W. B o h l i g - Dresden geschaffen.

dauern, bis auch nur dies Ziel erreicht ist. Darüber müssen sich Arbeiter und Betriebsräte klar sein und in diesem engeren Rahmen ihre Aufgaben erfüllen, jeder an seinem Teil zum Wohle der gesamten Arbeiterbewegung. Es trägt auch zur Selbsterkenntnis und Gesundung bei, wenn wenig gute Berichte über Vorgänge in der Arbeiterbewegung in weitesten Kreisen bekannt werden, damit wir wieder alle uns zu den Wurzeln unserer Kraft zurückfinden. Gelingt es uns, starke Gewerkschaften zu schaffen, dann werden wir auch nicht mehr veräumen, unsere bereits errungenen Rechte auszunutzen.

## Zum Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation nach Rußland.

Im Vordergrund des Interesses der Internationalen Gewerkschaftsbewegung steht bekanntlich seit längerer Zeit die Annäherung zwischen den englischen, der Amsterdamer Internationale angehörenden, und den russischen Gewerkschaften. Die beiderseitigen Beziehungen führten schließlich dazu, daß eine englische Gewerkschafts-Delegation, bestehend aus sieben Mitgliedern, unter Führung von A. A. Purcell, nebst drei sprachkundigen beratenden Delegierten, sich zum Studium der russischen Verhältnisse nach Rußland begab. Die Reise begann am 7. November 1924 und endete am 19. Dezember 1924. Der Bericht dieser englischen Delegation, der in englischer und russischer Sprache abgefaßt wurde, liegt jetzt auch in deutscher Uebersetzung vor.\* Es ist ein stattlicher Band von über 300 Seiten mit Illustrationen, Diagrammen und Karten. Wir lassen es dahingestellt, ob es wirklich möglich ist, in knapp sechs Wochen sich ein einigermaßen zutreffendes Bild der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Verhältnisse der ungeheuren, zwischen Finnland und dem Schwarzen und dem Kaspiischen Meere liegenden Ländermassen des europäischen Rußlands zu machen. Doch es wird in dem Bericht des öfteren betont, daß der Delegation eingehend Gelegenheit gegeben wurde, sich über die Einrichtungen der Politik, Wirtschaft, der sozialen und der Arbeiterverhältnisse zu unterrichten. Der Bericht selbst behandelt so ziemlich alles, was an wirtschaftlicher, politischer, sozialer und kultureller Problematik in Rußland vorhanden ist. Und bei aller Ausführlichkeit sind mitunter die tiefgehendsten Probleme doch wieder nur mit zwei oder drei Sätzen abgehandelt, während man über die russische Sprache und die geistig-historischen Wurzeln, auf denen das heutige Rußland möglich ist, trotz eingehender Darstellung des Regierungssystems, wieder nur mangelhaft unterrichtet wird.

Einen breiten Raum nehmen auch die Darstellungen über das soziale System und die Arbeitsverhältnisse ein. Der Bericht sagt darüber sehr allgemein, daß die sozialen und Arbeitsverhältnisse sehr interessant und lehrreich seien, tiefen Eindruck auf die Delegation gemacht hätten, aber daß auch unter dem Staatskapitalismus Mißstände, wie Streiks und Arbeitslosigkeit, nicht zu vermeiden seien. Der Reallohn würde durch Wohnung, Erziehung und „andere Vorteile“ verbessert. Der Bericht sagt dann sehr wohlwollend, daß diese guten Resultate des Arbeitsverhältnisses und die Ueberzeugung der Mehrheit des russischen Volkes, daß die jetzige Herrschaft besser sei als die Rußland jemals gehabt hat, fast alle Einwörter dazu gebracht habe, „auf das Recht der Opposition zu verzichten“. Ohne dieses Recht sei zwar in andern Ländern die politische Freiheit nicht denkbar, aber die Beseitigung dieses Rechts sei in Rußland durch „andere, wertvollere“ ersetzt. An einer andern Stelle des Berichts wird noch gesagt, man könne Rußland nicht mit westlichem Maßstab messen, der russische Mensch sei nicht auf Individualität, sondern auf den Massenmensch eingestellt.

Alles Wohlwollen, mit der der Bericht abgefaßt ist, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es in der Wirtschaft Rußlands recht trübe bestellt ist. Wie die rein bolschewistische Wirtschaft vor vier Jahren vor der „neuen Wirtschaftspolitik“, dem Staatskapitalismus, kapitulieren mußte, so wird der jetzige Staatskapitalismus vor der „ganz neuen Wirtschaftspolitik“, dem Privatkapitalismus, kapitulieren müssen. Die Zustände an das Privatkapital mehrten sich, die Entstaatlichung der Industrien macht Fortschritte. Die Betriebsmittel sind auf einem sehr niedrigen Stand, dazu Mangel an Betriebskapital, keine Einrichtungen zu wirklicher Massenfabrikation. Gegenüber der Vorkriegsproduktion beträgt die Produktion etwa 40 bis 50 Prozent. Die große allgemeine Wirtschaftskrise rückt näher und die Folge wird das System frühkapitalistischer Produktion sein, mit all den Mißständen, die von dieser Produktionsstufe aus den westeuropäischen Staaten bekannt sind.

Und von dieser nahestehenden Möglichkeit muß auch die russische Gewerkschaftsfrage von den Gewerkschaften Westeuropas aus gesehen werden. Jede Produktionsform ändert auch die Funktionen der Gewerkschaften. Waren in der Zeit der „Uebernahme der Wirtschaft“ durch die bolschewistische Herrschaft die russischen Gewerkschaften zu staatlichen Kontrollorganen der Wirtschaft geworden, so kann man nach dem Bericht der englischen Delegation schlußfolgern, daß die russischen Gewerkschaften in dem jetzigen Stadium der „neuen Wirtschaftspolitik“ etwa die Funktionen ausüben wie in den Weststaaten die Gewerkschaften und die Organe der Sozialpolitik, also sich dem Gesundheitschutz und der Wohlfahrtspflege widmen. Die englische Delegation sagt, daß die russischen Gewerkschaften sich mangels anderer Aufgaben der Aufgabe widmen können, „die Arbeiter zu Staatsbürgern und „Herrschern“ zu erziehen“. Also grundsätzlich andere Aufgaben haben, als die Gewerkschaften in den westeuropäischen Ländern, deren Hauptaufgaben im Kampf um den Anteil am Arbeitsprodukt, um Verbesserung der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts, dem in neuerer Zeit die Forderung nach Demokratie in der Gesamtwirtschaft hinzugefügt wurde, bestehen. Dort also Organisationen, die gewisse staatliche Funktionen der herrschenden politischen Staatsmacht ausüben, hier Kampforganisationen wirtschaftlicher Art mit dem nächsten Ziel, neben einer Verbesserung der allgemeinen sozialen Lage, das jetzige Privileg der Unternehmerklasse in der Wirtschaft zu beseitigen. Es ist daher sehr irreführend, von den russischen Gewerkschaften als von „revolutionären“ Gewerkschaften zu reden. Sie haben durchaus keine revolutionären Funktionen, sondern sind Säulen des jetzigen politischen Regiments. Ihre wirklichen gewerkschaftlichen Funktionen dürften erst beginnen, wenn die russische Wirtschaft vom Staatskapitalismus zum Privatkapitalismus übergegangen sein wird. Und bei dem Stande der russischen Wirtschaft kann es nur das System des Frühkapitalismus sein. Bei der geringen Entwicklung der Technik wird eine ungeheure Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, wie es bei jedem Frühkapitalismus charakteristisch war, die Folge sein. Dann erst beginnen die wirklichen gewerkschaftlichen Funktionen der russischen Gewerkschaften. Und dann kommt die Zeit, wo die russischen Gewerkschaften die Hilfe und die Erfahrungen der westeuropäischen gewerkschaftlichen Kampforganisationen suchen und brauchen werden. Die westeuropäischen Gewerkschaften, speziell die deutschen, mit ihrem stark ausgeprägten internationalen Solidaritätsgefühl, werden dann gern ihre Hilfe und ihre jahrzehntelangen Erfahrungen in den Dienst des russischen Proletariats stellen.

Der Bericht der englischen Delegation bietet für jeden Gewerkschafter, der für die verschiedensten gesamteuropäischen Gewerkschafts-probleme Interesse hat und es versteht, auch zwischen den Zeilen zu lesen und kritisch das Gelesene zu überdenken, eine reiche Fülle von Material und viel des Interessanten und Anregenden. k. z.

\* Rußland. Offizieller Bericht der englischen Gewerkschafts-Delegation nach Rußland November-Dezember 1924. Verlag: Neuer Deutscher Verlag, Berlin W. 8, Unter den Linden 11. 308 Seiten mit Illustrationen und Karten. Preis 1.80 Mk.

## Es ist vollbracht!

Die Zollfrage, die so leidenschaftlich die Gemüter wochen- und monatelang hindurch erregte, ist unter Dach und Fach. Am 12. August kurz nach 11 Uhr vormittags nahmen die Regierungsparteien die Zollvorlage in einfacher Mehrheit an. Die Sozialdemokraten und die Kommunisten beteiligten sich nicht an der Abstimmung, sie hatten bereits vorher den Saal verlassen. Die Demokraten nahmen an der Abstimmung ebenfalls nicht teil, sie waren aber im Saal geblieben. Der Reichstag hat in der größten Hitze gelagt, die Abgeordneten haben nicht wenig geschwitzt und dies alles, um die Zoll- und Steuergeetze unter Dach und Fach zu bringen; um die größte Beute, die je auf parlamentarischem Wege erobert wurde, den Agrariern und Schwerindustriellen vor die Füße zu legen. Diese Herren hatten nicht umsonst die letzten Wahlen finanziert, sie wollten für ihr Geld etwas sehen. Sie wurden reichlich entschädigt. Das deutsche Volk muß für die Dummheit schwer büßen, den Mattensängermelodien der Reichsparteien bei den Wahlen gefolgt zu sein. Nun, da der Reichstag in Ferien geht, hat das deutsche Volk Gelegenheit, die Bilanz seiner Tätigkeit zu ziehen. Die Steuergeetze gingen der Erledigung der Zollvorlage voran. Nicht zuletzt die hinter den Regierungsparteien stehenden Industriellen haben gegen die steuerliche Belastung in Deutschland heftig protestiert. Auch bei v. Schlieffen ist es geblieben, daß das deutsche Volk das doppelte an Steuern bezahlt, als in der Vorkriegszeit. Der Gesamtbeitrag der Steuern in Deutschland wird auf 11 Milliarden Mark angegeben. Dabei hat der Reichskanzler Luther das Jahreseinkommen des deutschen Volkes auf 25 Milliarden Mark beziffert, das würde also befehlen, daß jeder Deutsche 40 Prozent seines Einkommens versteuern muß. Dabei sind einige Steuern mit Abschicht geschildert worden. Die Erbschaftsteuer z. B. soll im neuen Steuerjahre nur 30 Millionen Mark einbringen, gegen 60 Millionen in der Vorkriegszeit. In England erbringt die Erbschaftsteuer 1,1 Milliarden Mark. Die arbeitende Bevölkerung wird in Deutschland hart zur Steuerleistung herangezogen.

Zu alledem tritt nun noch die Zollbelastung. Möglich war dieser Generalraub nur, weil das Zentrum mit den Rechtspar-teien daran wetteiferte, hohe Schutzollmauern zu errichten. Draußen feierte das Volk den Gedenktag der Weimarer Verfassung, die das Zentrum mit geschaffen — draußen marschierten Zentrumsleute — es waren allerdings nur wenige — mit den anderen republikanischen Parteien unter den Klängen der Reichsbannerkapellen in Reich und Glied und am Reichstag machte man im Bunde der Rechtspar-teien Geetze, die an eine Verletzung der Verfassung grenzen. Das Zentrum kann rechts und kann links, wie es gerade trifft. Im Reiche ist es mit den schwarz-weiß-roten Parteien in der Regierung und in Preußen mit den Sozialdemokraten. Rechter Hand, linker Hand, alles verkauft. Daraus sollte die Lehre gezogen werden, daß eine gesicherte und konsequente Politik im Sinne der Arbeiterklasse mit den bürgerlichen Parteien nicht getrieben werden kann. Das arbeitende Volk muß sich auf sich selbst und nicht auf zweifelhafte Hilfe von Rechts verlassen. Sollte die verabschiedete Zollvorlage dieser Einsicht überall zum Durchbruch verhelfen, dann ist sie wenigstens nicht umsonst am parlamentarischen Leben vorübergegangen.

Die Zeiten haben sich geändert. In der Vorkriegszeit wurde um Bagatellen in Rede und Gegenrede wochenlang gekämpft. Jetzt werden die oppositionellen Parteien einfach mundtot gemacht und eine Riesenvorlage wird im Handumdrehen zur Annahme gebracht. In allerletzter Stunde hatten die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften (ADGB, AOB, IFA und der Gewerkschaftsring, die Christlichen hatten sich ausgeschlossen) eine Denkschrift an die Regierung gerichtet, in welcher die ungeheuren Schäden für das arbeitende Volk und die Wirtschaft, die die Zollvorlage im Gefolge hat, noch einmal aufgezeigt wurden. Die Verantwortung für alle die Folgen wurde von den Gewerkschaften von vornherein abgelehnt. Doch das alles nutzte nichts — man ging kühl über alle Einwände hinweg. Agrarier und Schwerindustrielle wollten hohe Schutzölle und gegenüber diesen Wünschen hatte alles andere zu schweigen. Volk, erarme dich! Denn letzten Endes bist du es, dem das Schicksal der Nation in die Hand gegeben!

## Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unsere Lohnkämpfe. Streik (Steingewinnung und -bearbeitung): In Wachen (Grabstein). Im schlesischen Sandsteingebiet (Steinmehnen, Brecher, Bildhauer und Hilfsarbeiter). In Bühlberg bei der Firma Gebr. Kerber und Richl Scheiff, Bruch Durgberg (Unterakfordant von Gebr. Kerber), (Pflasterer und Zeilohnarbeiter). In Mühlsauers-Langenlutz. Geplatzter Granitwerk Kähler in Schmalkalden. In Peterszell (Baden) der dortige Pflastersteinbetrieb. — Betrieb Johannes Sachsenheimer in Mühlsbach (Baden). — Firma Geller u. Co. in Halle (Saale). — Königsberg i. Pr. für Steinmehnen. — Die Steinfirmen Unglaube, Frankfurt a. O., und Mühlsberg (Maz).  
Zugzwang fernhalten! Außer von den Orten, die unter Streik und Sperte genannt sind: von Bad Degenhausen (Firma Wagner), — von Berlin wegen Bauarbeiterstreik und Lohnbewegungen im Steinmehngewerbe.

Erledigte Bewegungen. Der Lohnstreik im Mühlsbachgebiet wurde mit Erfolg erledigt.  
Vorsicht! In den Fachblättern der Steinindustrie-Unternehmer und in einzelnen Tageszeitungen werden andauernd Steinmehnen, Bildhauer, Steinseker usw. gesucht. Mancher Kollege hat auf Grund solcher Inserate sein letztes Geld der Eisenbahn geopfert und wenn er dann bei dem betreffenden Unternehmer vorprist, ist keine Arbeit vorhanden; sehr oft stellen die Unternehmer sich noch erstaunt wegen dem Inserat. Wir raten unsern Verbandsmitgliedern, sich vorher um die Arbeitsmöglichkeit zu kümmern, bevor sie nach dem betreffenden Ort fahren. Haben die Kollegen die schriftliche Zusage in der Hand, dann brauchen sie sich nicht mit Redensarten abweisen zu lassen, sondern können Schadenersatz verlangen. Wo irgend möglich, soll natürlich vorher immer die Zahlstellenleitung wegen der Arbeitsmöglichkeit gefragt werden.

Steinseker und Pflasterer.  
Waren. Die Lohnvereinbarungen von Mecklenburg und Vorpommern, die mit dem 31. Juli 1925 abgelaufen waren, wurden auf Antrag des Gauleiters, Rolf Göckemeier, bis zum 14. August 1925 verlängert. Die Unternehmer haben dagegen nicht Protest erhoben, aber sie versuchen, einen Extraprofit aus dieser Tatsache herauszuschlagen. So ist zum Beispiel Herr Zacharias in Waren mit seinen Prozenten nicht mehr zufrieden, geht zum Amt Waren und erklärt: „Es hätte Lohnverhöhung statgefunden?“ (Sigt!) Herr Redem in Penzlin macht es ähnlich, geht zu einem Gutsherrn und erklärt: „Seine Leute verlangen 1.35 Mk.“ Ob die Herzen Arbeitgeber bei der nächsten Lohnverhandlung wohl so freigiebig sein werden von 1.10 auf 1.35 Mk.? — Aber unserer Lohnkommission haben sie damit eine brauchbare Handhabe überliefert, um eine Erhöhung zu erzielen.

Steinarbeiter.  
Ober-Beilau. Am 25. Juli fand im Schobergrund eine Versammlung der Zahlstelle statt. Die Tagesordnung behandelte folgende Punkte: Kasienbericht, Wahl eines neuen Vorsitzenden, Vortrag des Gauleiters, Kollegen Senft, über die wirtschaftspolitische Lage. Der Kasienbericht, der vom Kollegen Fuld gegeben wurde, zeigte eine Einnahme von 1285.41 Mk. und eine Ausgabe von 752.54 Mk., so daß ein Bestand von 532.87 Mk. verbleibt. Nach Bestätigung der Revisoren, daß Kasse und Bücher in besserer Ordnung sind, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Wahl des ersten Vorsitzenden fiel nach einer kurzen Diskussion einstimmig auf den Kollegen Heinrich Herzog. Der Vortrag des Gauleiters Senft wurde mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen, die darauffolgende Aussprache ergab, daß wir auch als Steinarbeiter alle Ursache haben, auf dem Posten zu sein, um eine Verschlechterung

unserer Wirtschafts- und Arbeitsverhältnisse abzuwenden zu können. Im Punkt Verschiederens wurde die verspätete Lohnzahlung bei der Firma Lutz einer eingehenden Kritik unterzogen. Zum Schluß dankte Kollege Sühner dem Kollegen Petzka für das von ihm seit 1919 vertretene Amt als erster Vorsitzender und sprach die Hoffnung aus, daß die Zahlstelle auch mit dem neuen Vorsitzenden zur gedeihlichen Entwicklung arbeiten möge.

Heidingsfeld. Am Sonntag, dem 2. August 1925, tagte in Heidingsfeld eine Bezirkskonferenz des Mühlsbachsteingebiets unter Teilnahme des stellvertretenden Verbandsvorsitzenden Hugo Wal-ter, die sich fast ausschließlich mit der Lohnfrage beschäftigte. Im Gebiet herrscht schon geraume Zeit ein äußerst flotter Geschäftsgang, neue Steinbrüche werden eröffnet, Erweiterungen der Werkanlagen und auch Neubauten wurden geschaffen, allenthalben fehlte es an Arbeitskräften, um die vorliegenden Aufträge fertig zu stellen. Bei diesen Umständen mühte es sich unser Meinung aus möglichst hohen, auskömmlichen Löhnen zu gewinnen, und zwar an alle Beschäftigten. Wohl wurden unter dem Druck der Verhältnisse von den meisten Unternehmern an vereinzelte Arbeiter höhere Löhne als die tariflichen bezahlt, vielleicht auch in der stillen Hoffnung, dadurch einen Keil in die Arbeiterchaft zu treiben, doch unsere Forderung auf Anpassung des Lohnes an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse und der Teuerung wurde von der Unternehmerversammlung abgelehnt mit der Begründung: „Wir haben die Aufträge zu billigen Preisen übernommen, wir können nicht mehr zahlen!“ Nur das gestanden die Unternehmer zu, daß der Schlichtungsausschuß als Einigungsamt fungieren soll. Dieses Verhalten der Unternehmer wurde von allen Delegierten scharf verurteilt und betont, daß, wenn ein Teil der Unternehmer in der Lage ist, die Forderung zu bewilligen, wohl auch die übrigen dies können. Der Bezirksleitung wurde dann der Auftrag erteilt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Forderung durchzusetzen. Die reisenden Kollegen werden erucht, von Vorstehendem Notiz zu nehmen und den Zug vorerst fernzuhalten. — Im Punkt Verschiederens wurden noch Wünsche und Beschwerden vorgebracht, so über die Handhabung bei der Härtezulage resp. Abzüge bei den einzelnen Firmen und soll, wenn keine örtliche Einigung zu erzielen ist, das Bezirksschiedsgericht in Tätigkeit treten. Weiter sollen auch Bezirksrechnungsführer für eine einheitliche Durchführung des Normaltarifes abgehalten werden. — Damit eine geordnete Beitragszahlung im Bezirk erreicht wird, soll alle vier Wochen eine Bücherkontrolle stattfinden. — Um dem unregelmäßigen Versammlungsbesuch abzuwehren, wurden die Kollegen erneut darauf verwiesen, daß sie unter allen Umständen die Pflicht haben, die Versammlungen dort zu besuchen, wo sie in Arbeit stehen. Nachdem noch eine Resolution gegen den geplanten Zollwucher und die Erhöhung der indirekten Steuern der Regierung Luther angenommen war, wurde die gut verlaufene Bezirkskonferenz geschlossen.

Pilgramsreuth. Am Sonntag, dem 19. Juli, fand hier eine gutbesuchte Versammlung statt, welche sich eingehend mit den letzten Lohnabkommen des bayrischen Wertsteintarifes befaßte. Dasselbe wurde einer scharfen Kritik unterzogen und die Zentrale aufgefordert, endlich einmal den schlechten Löhnen Einhalt zu gebieten. Das örtliche Lohnabkommen soll durch eine Forderung eine entsprechende Erhöhung erfahren. Die Verbandsbeiträge werden laut Statut festgesetzt. Unter Punkt Verschiederens wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am Sonntag, 19. Juli, im Steinarbeiter Pilgramsreuth erwartete vom Gewerkschaftskongreß des ADGB, daß er Beschluß faßt, die 1. den Widerstand der Gewerkschaftsbureautratie gegen die Herstellung der Gewerkschaftseinheit in nationalen und internationalen Maßstab brechen und den Beitritt zum anglo-russischen Einheitskomitee vollziehen; 2. daß die Gewerkschaften den Kampf mit allen gewerkschaftlichen Kampfmitteln aufnehmen zur Rückeroberung des starren Abschüttdentages; 3. daß der Kampf der Arbeiterchaft gegen die neuen Massensteuern, die Lohnsteuer, die Umsatzsteuer und die neuen Zölle mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln energisch geführt wird; 4. daß die Gewerkschaften ebenfalls den Kampf mit allen Mitteln gegen die Terrorjustiz in der Republik und für die Freilassung proletarischer politischer Gefangener aufnehmen; 5. daß die Gewerkschaften sofort eine Delegation nach Sowjetrußland zu entsenden haben.“ Auch gaben sämtliche Kollegen ihre Unterschrift auf Listen für die Befreiung der Opfer der Klassenjustiz.

Anmerkung der Redaktion. Von unsern Zahlstellen sollte man erwarten, daß sie die Beschlüsse des kürzlich erledigten eigenen Verbandstages respektieren. So ist die Forderung unter 5. dort abgelehnt, weil den Delegationen nach den bisherigen Erfahrungen in Sowjetrußland nur Potemkinsche Dörfer gezeigt wurden und werden, und was der eigene Verband mit großer Mehrheit ablehnt, kann nun nicht gut von irgendeiner Zahlstelle erwidert werden und was der eigene Verband mit großer Mehrheit ablehnt, kann nun nicht gut von irgendeiner Zahlstelle erwidert werden. Was nun unter 1. von dem Widerstand der „Gewerkschaftsbureautratie“ gesagt wird, ist direkt falsch. Es existiert kein von der internationalen Gewerkschaftsbewegung anerkanntes Einheitskomitee, an welches der Beitritt zu vollziehen wäre, und dann sollte niemals vergessen werden, daß jene, die immer die Einheit im Munde führen, doch diese am meisten gestört haben. Logik im Denken und Handeln ist eben ihre schwache Seite von jeher gewesen. Vielleicht lesen die Kollegen in Pilgramsreuth, die für 1. gestimmt haben, noch einmal den Artikel nach in Nr. 21 des „Steinarbeiter“ vom 23. Mai auf der 2. Seite: „Moskauer Heiratschwindler“, und dann den in heutiger Nummer. In beiden ist beleuchtet, wie das anglo-russische Zusammenkommen in der Grundlage aussieht. — Die Forderungen unter 2., 3. 4. sind zum Teil selbstverständlich, an dieser Betätigung hat es bisher nicht gefehlt, und wenn der Gewerkschaftskongreß das erst beschließen müßte, käme der Beschluß reichlich hinterhergehintert. Selbstverständliche Sachen beschließt man nicht! Aber gefagt muß hier doch mit aller Deutlichkeit werden, damit es nicht in Vergessenheit gerät: Was unter 2. 3. 4. nach der Resolution von dem Gewerkschaftskongreß abgestellt werden soll, ist die Auswirkung der Wahlen im Jahre 1924 und 1925 (Reichstag und Reichspräsident). Was da verkauft wurde, kann durch Beschlüsse, Resolutionen und außerparlamentarische Mittel nicht torrigiert werden. Wer das glaubt, mag es beweisen!

## Rundschau.

Gewerkschaftliches. Der Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands (vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen) hielt am 17. August auf ein 40jähriges Bestehen zurück. Die Gründer waren Brauergesellen, zirka 1700 aus den verschiedensten Städten Deutschlands bildeten die erste Grundlage. Der Verband hat ähnliches im Weiterverlauf durchgemacht wie die übrigen Gewerkschaften. Erst ein Fasten, Meinungsstreit, Gärung; dann Festigung und Ordnung in den Arbeitsverhältnissen der damaligen Zeit. Scharfer Kampf gegen die Sonntagsarbeit in den Brauereien. Dann die Periode der ersten Tarifverträge. 1910 Zusammenstoß mit den Mühlenarbeitern und Entwicklung zur Industrieorganisation. Der Verband hat Anfang dieses Jahres am Reichstagsufer ein eigenes Haus erworben, von dem stolz neben dem Reichstagsgebäude die Fahne weht. Ein Zeichen der bewußten Kraft, dessen sich dieser Verband rühmen darf. Die Verbandszeitung Nr. 38 vom 15. August zeigt eine dem Jubiläum entsprechende geschmackvolle Aufmachung und der Redakteur Fr. Krög führt darin den Lesern in prägnanten Darlegungen den Entwicklungsgang der Organisation vor Augen. Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!

Erstattung von Lohnsteuer. Frist zur Antragsstellung bis 31. Dezember 1925 verlängert. Durch die Neu-regelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn haben die Lohnsteuerpflichtigen in bestimmten Fällen einen Rechtsanspruch auf die Erstattung bereits gezahlter Lohnsteuerbeträge erhalten. Für das Jahr 1924 besteht dieser Anspruch in zwei Fällen: erstens bei Verdienstausschlag infolge Erwerbslosigkeit usw. und zweitens beim Vorliegen besonders wirtschaftlicher Verhältnisse des Steuerpflicht-

